

Juncker gehört

Das "politische Wunderkind" Jean-Claude Juncker wurde am vergangenen Dienstag mit dem "Europäischen Stier" vom Bund europäischer Steuerzahler für seine Verdienste in der europäischen und luxemburgischen Finanzpolitik ausgezeichnet. Den Bund freuen besonders der Euro und die niedrigen Steuerabgaben bei ausgewogener Haushaltslage, angeblich ein Beleg dafür, dass hierzulande keine öffentlichen Gelder verschwendet würden. Offensichtlich kennen die Preisverleiher die Mahnungen des Rechnungshofes nicht: Demnach werden die anvisierten Budgets für öffentliche Projekte regelmäßig überzogen - zu Lasten der SteuerzahlerInnen. Über die nachteiligen Folgen der Junckerschen Steuersenkungs- und Nischenpolitik wird ebenfalls geschwiegen: miese Ökobilanz, leere Gemeindekassen, mangelhafte öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Schule etc.). Aber Hauptsache das Geld der Steuerflüchtlinge hat einen Anwalt gefunden.

Bure contre le nucléaire

Mobilisation, comme tous les ans en juillet, des adversaires d'un enfouissement de déchets nucléaires à Bure - en Meuse/Haute-Marne, à quelque 150 kilomètres du Grand-Duché. Du 9 au 13, une marche est organisée le long de la (future) "route des déchets nucléaires". A partir du 13 aura lieu, pendant une semaine, le 3e camp de résistance près de Bure, avec informations, formation et échanges.

Signalons un article très intéressant dans le numéro de juillet de Science et Vie: on y apprend où en sont les considérations théoriques sur l'enfouissement de ces déchets dont la durée de vie peut aller jusqu'à 16 millions d'années. On y explique également la procédure qui, en 2006, pourrait conduire à ce que l'actuel "laboratoire" de Bure soit transformé en site de stockage, comme cela s'est fait aux Etats-Unis, à Yucca Mountain.

burestop.free.fr

Gericht bremst Greenpeace-Kampagne

Greenpeace Frankreich darf nicht länger eine Kampagne gegen die Mineralöl-Gesellschaft Esso betreiben, in der in das Esso-Logo ein doppeltes Dollarzeichen eingefügt ist: E\$\$O statt Esso. Dies urteilte am Montag ein Gericht in Paris. Das Zeichen müsse von der Greenpeace-Website (www.greenpeace.fr/stopesso) verschwinden, sonst drohe der Umweltorganisation 5.000 Euro Geldstrafe pro Tag. Esso hatte auf "Imitation und verbotene Nutzung" eines Markenzeichens geklagt. Die Parodie war von den UmweltaktivistInnen im Rahmen einer international geführten Klimakampagne eingesetzt worden, um darzustellen, dass für den Ölmulti "Profit vor Umweltschutz" gehe, teilte Greenpeace mit.

Alternatives Internationales ... et de trois

Le numéro 3 du magazine Alternatives Internationales vient de paraître. Il comporte un dossier d'une vingtaine de pages intitulé "L'Europe face au populisme". La politique extérieure des Etats-Unis, sujet du dossier du premier numéro, est omniprésente à travers des contributions sur le conflit israélo-palestinien, le protocole de Kyoto, la situation en Irak ainsi qu'en Afghanistan. A signaler également: des analyses sur la situation en Colombie, au Cachemire, et un entretien avec François Fourquet sur la mondialisation selon Fernand Braudel.

En kiosque ou à commander sous:
www.alternatives-internationales.fr

**LESERBRIEF**

Umweltentlastung trotz Bevölkerungszuwachs?

Michel Unsen-Bellion kritisiert, dass aufgrund der SERI-Nachhaltigkeits-Studie Entwarnung gegeben wird. Seiner Meinung nach bleibt Wachstum unvereinbar mit dem gleichzeitigen Erhalt unseres Lebensstils und der natürlichen Ressourcen.

Folkendingen

michel.unsen@education.lu
SERI-Studie: www.gouvernement.lu/gouv/fr/act/0206/26/goerens/26goerens.htm



Am 26.06.2002 stellten Umweltminister Goerens und Staatssekretär Berger die SERI-Studie vor. In dieser Studie werden die Auswirkungen eines weiteren Bevölkerungsanstiegs sowie Wirtschaftswachstums auf unsere Umwelt und Lebensqualität untersucht. Die Studie kommt zur Schlussfolgerung, dass diese Entwicklung nicht notgedrungen zu einem erhöhten Ressourcen- und Umweltverbrauch und einer massiven Beschränkung der Lebensqualität führen würde. Es bestehe nämlich keine lineare Beziehung zwischen demografischer Entwicklung und Ressourcen- bzw. Umweltverbrauch. Im offiziellen Presstext des Service Information et Presse fehlt allerdings das entscheidende Wort linear, so dass dieser Sachverhalt nun völlig verharmlost wird ("... Il n'existe donc pas de lien entre l'évolution démographique et l'utilisation des ressources et l'environnement.")

Folgende kritische Bemerkungen hierzu:

1. Primärenergieverbrauch

Der Primärenergieverbrauch könnte (man beachte die unverbindliche Formulierung) 2050 um bis zu 30 Prozent unter dem des Jahres 1990 liegen, wenn es gelingen würde den Energieverbrauch vom Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum völlig zu entkoppeln. Dieses ambitionierte Ziel dürfte jedoch ziemlich illusorisch sein, auch beim Einsatz modernster Technologien sowie alternativer Energiequellen und unter maximal möglicher Steigerung der Energieeffizienz. Zwischen 1990 und 2050 liegen 60 Jahre, bei einem mittleren Wirtschaftswachstum von 4 Prozent ergibt dies einen Multiplikationsfaktor von 10,5 (1,04 hoch

60 = 10,5). Auch wenn keine lineare Kopplung vorliegt, gibt es jedoch eine sehr starke Beziehung zwischen Energieverbrauch und Wirtschaftsleistung beziehungsweise Bevölkerung!

2. Verkehr

Der Verkehr wächst noch schneller als das Wirtschaftswachstum und hält dieser Trend an, so würden sich die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen bis 2050 verzehnfachen. Kyoto wird zur reinen Makulatur.

Hier liegt ein Widerspruch zum Punkt 1, Primärenergieverbrauch, vor. CO₂-Emissionen sind nun mal ziemlich stark, wenn nicht sogar linear mit dem Kohlenstoffgehalt der Energieträger gekoppelt. (Die Verbrennung von einem Liter Benzin erzeugt ungefähr 2,3 Kilogramm CO₂, die eines Liters Diesel ungefähr 2,6 Kilogramm CO₂). Entkopplung im großen Stile, ist, wenn überhaupt, nur möglich bei Abkehr von fossilen Brennstoffen und großflächigem Einsatz von zum Beispiel Brennstoffzellen sowie alternativen Energien.

3. Flächenverbrauch

Wird der aktuelle Landverbrauch bis 2050 extrapoliert, so ergibt sich eine Versiegelung von 80 Prozent des nationalen Territoriums. Dieser theoretische Wert stößt jedoch an natürliche Grenzen wie zum Beispiel ein 33-prozentiger "reboisement"-Anteil. Eine Entkopplung des Landverbrauchs vom Wirtschaftswachstum ist auch nur sehr bedingt machbar. Industrie- und Gewerbebezonen, Bürogebäude, Straßen, Parkplätze, Wohnungen, soziale und Freizeiteinrichtungen und so weiter benötigen nun mal eine gewisse Grundfläche.

Die Vorgabe, kompakter und in die Höhe zu bauen, ist nicht nur dirigistisch, sondern widerspricht auch sämtlichen Vorstellungen von Lebensqualität. Oder ist etwa an eine Silhouette wie in Manhattan beispielsweise gedacht? Das Negativbeispiel Echerschmelz, wo selbst Balkone als überflüssiger Luxus betrach-

tet werden, geschweige denn ein paar Quadratmeter Grünfläche, hat gezeigt, dass dies nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Um sich normal entwickeln zu können, braucht der Mensch nun mal einen gewissen Freiraum und Rückzugsmöglichkeiten.

Die Vorstellung, dass Einfamilienhäuser mit einigen wenigen Ar Grünfläche nun verteuert werden und vielstöckige Wohnsilos mit genau abgezählten Quadratmetern als das Allheilmittel angesehen werden, sollte zu denken geben.

4. Abfall

Zum Abfallaufkommen wird gesagt, dass dieses nicht (nur) Produkt des Wirtschaftswachstums und einer wachsenden Bevölkerungszahl sei, sondern vor allem auf unser Konsumverhalten zurückzuführen sei. Doch hat der umweltbewusste Bürger denn viel Auswahlmöglichkeiten, wo doch Wegwerf- oder Recyclingverpackungen, um nur dieses Beispiel zu nennen, gefördert werden und somit immer mehr Überhand nehmen? Schizophren ist es schon, wenn der Umweltminister im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte am 4.7.2002 dem Bürger die Verwendung von Plastikflaschen vorhält, der Wirtschaftsminister aber vor kurzem, anlässlich der Einweihung einer PET-Flaschenfabrik, dieses Erzeugnis als ökologisch vertretbar bezeichnet hat.

Fazit

Das präkonisierte 4-prozentige Wirtschaftswachstum hat direkte und massive, wenn auch keine lineare, Konsequenzen auf unsere Umwelt und unsere Lebensqualität! Die in der SERI-Studie beschriebenen theoretischen Entkopplungen und Effizienzsteigerungen dürften dies nur bis zu einem bestimmten Punkte abfangen können.

Es ist ganz klar eine Entscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität zu treffen.

Michel Unsen-Bellion

MSF A LA CONFERENCE MONDIALE SUR LE SIDA

Différer le traitement est un crime

Médecins sans frontières reproche aux gouvernements qu'ils refusent toujours de débloquer des fonds pour des médicaments qui permettent de prolonger la vie des patients.

(...) "Si, en tant que médecin, j'ignore une personne malade qui a désespérément besoin de soins, je commets une faute professionnelle qui peut s'apparenter à un crime" explique le docteur Morten Rostrup, président du conseil international de Médecins Sans Frontières. "Aujourd'hui, comme chaque jour, plus de 8 000 personnes vont mourir du Sida. Pourtant, la communauté internationale refuse d'affronter ce problème et de trouver une réponse globale adéquate. En fait, nous sommes confrontés à rien de moins qu'un crime contre l'humanité".

Les ONG expliquent que, peu de fonds étant actuellement disponibles, un temps précieux a été perdu en débats autour de la question de la "rentabilité" de la prévention par rapport aux traitements, alors qu'il est indispensable de penser à la fois en

terme de prévention et de traitement. Ce débat perdrait d'intensité si les ressources n'étaient pas si limitées et si les fonds disponibles étaient réellement affectés aux médicaments à prix abordables. Se reposer sur la bonne volonté des compagnies pharmaceutiques plutôt que de recourir à l'utilisation de génériques ou à l'achat de masse signifie que certains pays paient trois fois plus que nécessaire les thérapies par anti-rétroviraux.

"Le refus des Etats-Unis, de l'Union Européenne et d'autres gouvernements donateurs de débloquer des fonds pour des médicaments à un coût abordable a déjà condamné à mort des millions de personnes", note le docteur Alain Berkman, membre fondateur d'Health GAP. "La faisabilité du traitement est aujourd'hui prouvée. Mais, aussi longtemps que les pays riches refuseront de payer, cette question de la faisabilité a peu d'importance. Les donateurs doivent être tenus pour responsables de leur négligence coupable."

Nombreux sont ceux qui ont expliqué que, même si les fonds nécessaires étaient rendus disponibles, les traitements ne

pourraient pas être réalisables dans des environnements à faibles ressources. (...)

Lors de sa réunion satellite, MSF a présenté un certain nombre de résultats issus de 7 projets pilotes dans différents pays - l'Afrique du Sud, le Malawi, le Cameroun, le Kenya, le Cambodge, la Thaïlande et le Guatemala. Ces données montrent que fournir des traitements efficaces à des malades HIV/Sida a des effets cliniques positifs et une implication réelle sur la vie des personnes et de leur communauté. (...)

Médecins sans frontières

Paris - Barcelone,
le 8 juillet 2002.

Plus d'informations sur les activités de MSF à Barcelone: www.paris.msf.org et www.msf.es/msf_aids/home_eng.asp; sur Health GAP: www.healthgap.org

XIV^{ème} Conférence internationale Sida à Barcelone: <http://196.13.141.230>